STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 07/13 des Einwohnerrates

Freitag, 13. Dezember 2013, 19.00 - 22.10 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Käser	Werner	FDP	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Dean	Cornelia	SP	
	Della Giacoma	Claudio	FDP	
	Flück	Christian	Pro Stein	Stimmenzähler
	Frei	Christoph	Pro Stein	
	Gruhler Heinzer	Irene	SP	
	Käser	Werner	FDP	Präsident
	Marchetto	Gian Luca	SVP	Aktuar
	Ochsner	Daniel	SVP	
	Oster	Rolf	SP	
	Rossi	Jean-Marc	ÖBS	
	Schäffeler	René	FDP	
	Spescha	Peter	SP	
	Stadtrat			
	Eimer	Claudia Pia	Stadtpräsidentin	
	Böhni	Ernst	Sicherheitsreferent	
	Hug	Beat	Finanzreferent	
	Schilling	Heidi	Sozialreferentin	
	Verwaltung			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Furger	Martin	Zentralverwalter	
	Grötchen	Robert	Polizeichef/Weibel	
	Geschäftsprüfungskommission			
	Schmid	Werner	Präsident	
	Weibel	Urs	Mitglied	
Entschuldigt:	Vetterli	Ruedi	Vize-Präsident	
	Oderbolz	Markus	Bau- und Werkreferent	
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokollgenehmigung
2. Feuerwehrverordnung: Teilrevision betr. Feuerwehrpflicht und Pflichtersatz (Art. 2 und 5)
3. Anpassung Stellenplan: Antrag auf Pensenerhöhung um 100% für die Hauswartstelle in der Dreifachturnhalle
4. Voranschlag 2014: Beratung und Genehmigung
5. Wahl des Einwohnerratsbüros für 2014
6. Volksmotion Born „Kindergarten im Städtli“: Antrag auf Abschreibung
7. Strasse und Wasserleitungen Klingenstrasse Dreifachturnhalle bis Breiti, Sanierung: Kreditantrag über Fr. 353‘000
8. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Werner Käser eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden. Vor den eigentlichen Traktanden findet eine Information über die Leitbildentwicklung statt.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, berichtet über das bisherige Vorgehen und die Evaluation, die zur Auftragsvergabe an die Firma translake GmbH, Konstanz, geführt hat.

Wolfgang Himmel, translake GmbH, freut sich über die Einladung. Er erläutert seinen Werdegang und stellt die Firma vor. Danach erklärt er das Vorgehen der Leitbildentwicklung (Unterlagen wurden abgegeben) und steht für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Informationsende 19.30 Uhr.

Werner Käser, Einwohnerratspräsident, ergreift wieder das Wort und macht darauf aufmerksam, dass er sich vorbehält, Traktandum 6 + 7 zu vertagen, falls die Sitzung zu lange dauert. Er bittet die verschiedenen Sprecher, sich so kurz wie möglich zu halten.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

1. Protokollgenehmigung

Protokoll Sitzung 06/13, Seite 101, Pläne
Peter Spescha, SP, möchte präzisiert haben, dass es sich beim „Fussgängerübergang Niderfeld“ nicht um einen Fussgängerstreifen handelt, sondern, dass damit der stufige Übergang von der Strasse auf den Fussweg gemeint ist.

Das Protokoll der Sitzung vom 8. November 2013 wird mit dieser Ergänzung genehmigt.

INNERES, Gesetze, Gemeinde **03.35.005**

SICHERHEIT, Feuerwehr/Feuerpolizei **07.05.**

2. Feuerwehrverordnung: Teilrevision betr. Feuerwehrpflicht und Pflichtersatz (Art. 2 und 5)

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent, erklärt, dass der Stadtrat eine Teilrevision der jetzigen Feuerwehrordnung unterbreitet. Grund dafür ist der akute Geldmangel, um die Feuerwehr richtig auszurüsten und auszubilden. Mit dem Erlass des kantonalen Gesetzes über den Brandschutz vom 8.12.2003 wurde den Gemeinden eine Zweijahresfrist gesetzt, um die notwendigen Vorschriften zu erlassen. Das Brandschutzgesetz trat am 1.1.2005 in Kraft. Den Gemeinden blieb Zeit, die notwendigen Anpassungen bis 31.12.2006 vorzunehmen. Dies hat die Stadt aus verschiedenen Gründen nicht geschafft. Im letzten Jahr wurde dies in Angriff genommen und die Feuerwehrverordnung geändert und mit den heute vorliegenden Anträgen und der Tariferhöhung angepasst.

Von der Feuerpolizei Schaffhausen wurde diese dann nicht bewilligt und die Vereinbarung mit Hemishofen nicht mehr gut geheissen. Das führte zu einem Stillstand und Gesprächen mit Hemishofen. Bei einer gemeinsamen Sitzung kam man zum Schluss, dass man einen grossen Verband machen sollte und zukunftsweisend mit Ramsen und Buch zusammenarbeiten. Die Gemeinden wurden von der Stadt bezüglich eines Verbandes Oberer Kantonsteil mit der Stützpunktfeuerwehr in Stein am Rhein angefragt. Einige Wochen später erfolgte eine Absage diesbezüglich. Die Zeit reichte nun nicht mehr, um einen Feuerwehrverband Stein am Rhein/Hemishofen auf 2014 zu gründen, der Start soll per 1.1.2015 erfolgen und wird dem Einwohnerrat noch vorgelegt werden.

Die jetzt bereits vorliegende Teilrevision von Artikel 2 und 5 der Feuerwehrordnung soll helfen, die finanzielle Situation der Feuerwehr zu verbessern. Im diesjährigen Budget mussten extrem viele Abstriche gemacht werden. Im Finanzplan wird erwartet, dass 80% der Feuerwehrausgaben mit Feuerwehrpflichtersatz gedeckt werden. Fr. 10‘000 wird noch vom Kanton an den Stützpunkt ausgerichtet.

Der Stadtrat unterbreitet eine Teilrevision der jetzigen Feuerwehrordnung damit die benötigten Mittel, um die verlangte Arbeit erfüllen zu können, vorhanden sind. Er ist sich bewusst, dass es sich dabei um eine Erhöhung handelt, es ist aber auch eine kleine Erleichterung vorhanden. Der Stadtrat bittet um Zustimmung.

<u>Eintreten</u>

Daniel Ochsner, SVP, teilt mit, dass es die bürgerliche Fraktion begrüsst, dass die Synergien mit Hemishofen genutzt werden und bei Personal und Material ausgeholfen werden kann, was bereits in den letzten Jahre immer gut funktioniert hat. Schade ist, dass der Rest des Oberen Kantonsteils nicht aufspringen will. Von der finanziellen Seite her ist es klar, dass Stein am Rhein gemessen an der Anzahl Einwohner eine relativ grosse, gut ausgerüstete Feuerwehr hat, was in Bezug auf die Altstadt auch wichtig und richtig ist. Die Erhöhung der Feuerwehrabgabe ist richtig, um den Selbstdeckungsgrad überhaupt erreichen zu können. In der Fraktion wurden vereinzelte Stimmen laut, dass die Erhöhung etwas markant ausfällt. Aber jeder muss seinen Beitrag zur Sicherheit leisten, entweder mit Freizeit oder finanziell. Schlussendlich sind alle froh, dass wenn sie 118 wählen müssen, gut ausgebildete und ausgerüstete Helfer kommen. Die Fraktion ist für Eintreten.

Rolf Oster, SP, teilt die Meinung nicht, dass die Stadt zu wenig Geld hat. Das Thema ist eigentlich, dass man im Verhältnis eine zu grosse Feuerwehr hat, sie haben muss, da sie eine Stützpunkt-Feuerwehr ist. Die anderen Gemeinden im Kanton haben ein

besseres Verhältnis und dies ist relevant, dass man mehr Geld benötigt. Die Erhöhung des Pflichtersatzes ist eine Konsequenz daraus. Es gibt keine andere Möglichkeit als dieser Feuerwehrsituation zuzustimmen. Die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden ist schon lange ein Thema und er dankt dem Stadtrat, dass er sich bemüht und mit den anderen Gemeinden das Gespräch gesucht hat.

In der SP-Fraktion ist der Antrag unumstritten und sie werden zustimmen.

Detailberatung
Seite 3

René Schäffler, FDP, erklärt, dass die Erhöhung von 0,6% auf 0,8% des steuerbaren Einkommens zu gewissen Diskussionen in der Fraktion geführt hat, ob ein Schritt in dieser Grössenordnung nötig ist. Zumal man mit 0,8% einen der höchsten Pflichtersatze des Kantons hat. Schlussendlich stehen sie hinter dieser Vorlage und werden auch zustimmen. Er möchte den Stadtrat aber bitten, das Thema der Kostendeckung in diesem Zusammenhang nochmals genau anzuschauen. Im Finanzplan ist eine Kostendeckung von 80% festgehalten, mit dieser markanten Erhöhung ist er der Meinung, dass man wie andere Gemeinden im Kanton teilweise auch, eine 100%ige Kostendeckung erreicht. Wenn man im Kostenvoranschlag 2014 diese Erhöhung einrechnet, wird dies für 2014 absolut möglich. Er möchte dem Stadtrat mitgeben, diesen Kostendeckungsgrad zu überdenken.

Beschluss

Der Einwohnerrat stimmt der Änderung der Art. 2 und 5 der Feuerwehrverordnung gemäss Vorlage des Stadtrates vom 6. November 2013 einstimmig zu.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an
Sicherheitsreferat
Feuerwehrkommando
Stadtschreiber
Stadtkanzlei
Ablage

Ernst Böhni ergänzt, dass die Ersatzerhöhung nur ein Teil ist. Im nächsten Jahr wird auch die Tarifverordnung überprüft werden, d.h. wenn Einsätze in Gemeinden auf der anderen Seite des Rheins geleistet werden, können dann ebenfalls Mehreinnahmen generiert werden.

Rolf Oster möchte wissen, ob es diesbezüglich einen Zeitplan gibt.

Ernst Böhni antwortet, dass im nächsten Jahr die Verbandsvereinbarung aufgegleist wird, teilweise wurde jetzt schon begonnen. Eine Arbeitsgruppe ist damit beschäftigt und per 1.1.2015 sollte der Feuerwehrverband intakt sein. Für die anderen Gemeinden wird ein Türspalt offen gelassen, sodass sie jederzeit dem Verband beitreten können.

PERSONAL, Angestellte, Bauverwaltung 06.05.000

3. Anpassung Stellenplan: Antrag auf Pensenerhöhung um 100% für die Hauswartstelle in der Dreifachturnhalle

Beat Hug, Finanzreferent, teilt mit, dass der Stadtrat Antrag auf Erhöhung des Stellenplans in der Bauverwaltung stellt, bei dem die Hauswartstellen enthalten sind. Der Stadtrat hatte den Auftrag erteilt, die Pensen genau zu berechnen, d.h. man hat die Schulhäuser und auch das Bürgerasyl bezüglich Pensen überprüft. In erster Linie ging es um die neue Sporthalle Hoga, da bis anhin dort kein Stellenpensum vorhanden war. Ein spezialisiertes Büro hat diese Überprüfung vorgenommen und der Stadtrat ist erschrocken, als die Ergebnisse vorlagen. Die Festlegung des Pensums konnte erst erfolgen, als bestimmt war, welche Oberflächen verwendet und zu reinigen sind. Vor der Materialwahl war dies nicht möglich und dies wurde erst im Verlaufe des Baus entschieden. Das vorgeschlagene Pensum wurde nochmals genau überprüft und mit Anpassung der Reinigungsintervalle optimiert. Was kann z.B. abgesperrt werden, damit in gewissen Bereichen kein Personenverkehr stattfindet, wenn nicht nötig. Damit konnte das Pensum auf 100% reduziert werden. Für den Stellenplan ist neu die GPK zuständig und diese wurde anlässlich einer Sitzung informiert. Die Berechnungsunterlagen dazu standen auf dem Rathaus zur Einsicht zur Verfügung. Der Stadtrat hat mit weniger Prozenten gerechnet, aber diese sind schlussendlich nötig, damit die Anlage gut unterhalten werden kann.
Des Weiteren steht im Antrag, dass diese Hauswartstelle in der Besoldungsklasse 11 – 12 eingestuft werden soll. Alle Hauswarte sind in der Lohnklasse 12 eingestuft. Es geht nicht nur um Reinigungsaufgaben, sondern auch um relativ hohes technisches Verständnis. Es sind in der Sporthalle eine Klima- und Lüftungsanlage vorhanden, welche hoch komplex sind, da die Halle ein Minergiebau ist. Es ist auch vorgesehen, dass dieser Hauswart die Schlüsselprogrammierung für alle städtischen Gebäude vornehmen kann, womit auch wieder andernorts Kosten gespart werden können. Mit diesem zusätzlichen Pensum können auch Kosteneinsparungen bei Aushilfen, Ferienablösungen etc. erreicht werden. Ebenfalls wichtig ist, dass nicht einfach ein Handwerker eingestellt werden kann, sondern zum technischen Verständnis kommt eine hohe Sozialkompetenz hinzu, der Umgang mit den Kindern muss sehr gut sein. Der Stelleninhaber muss sehr sorgfältig ausgewählt werden und der Stadtrat hofft, dass eine Auswahl möglich sein wird. Die Anzahl und Qualität der Bewerbungen wird sich erst nach der Ausschreibung zeigen. Der Stadtrat wird sich bemühen, zu den bestmöglichen Konditionen die fähigste Person einzustellen. Dazu braucht es ein gewisses Lohnband, denn wenn es sich um einen technisch qualifizierten Fachmann mit einer hohen Sozialkompetenz handelt, werden die Lohnforderungen auch dementsprechend sein.

<u>Eintreten</u>
René Schäffeler, FDP, weist darauf hin, dass der Antrag auf einer detaillierten Abklärung durch ein externes Büro basiert und bereits durch die GPK geprüft wurde. Das ist positiv, damit die Sachlage auch beurteilt werden kann. Ansonsten hätten sie dem Antrag nicht zustimmen können, da noch keine Erfahrungswerte vorliegen. Es ist unbestritten, dass ein Mehrbedarf vorhanden ist, die neue Halle hat in etwa die dreifache Fläche. Es wurde intensiv diskutiert, ob es wirklich ein 100% Pensum sein muss, rein rechnerische kommt man bei dieser Studie auf 88%, wobei selbst dann kann über Reinigungsintervalle etc. diskutiert werden. Es wurde darüber gesprochen, ob 80% Sinn machen würde. Auch wurde über eine Auslagerung gewisser Arbeiten an Dritte als eine sinnvolle Alternative diskutiert. Sie kamen zum Schluss, dass ein Hauswart vor Ort si-

cher eine sinnvolle Lösung ist, auch im Zusammenhang mit dem Umgang mit den Schülern und den Lehrpersonen.
Es gibt aber auch andere Objekte in Stein am Rhein, die Hauswarte haben und wenn sich dort diese Frage anlässlich eines Stellenwechsels wieder einmal stellt, möchten sie beliebt machen, dass man wie auch in der Wirtschaft üblich überprüft, ob man gewisse Arbeiten im Reinigungsbereich auslagern kann. Was an der Vorlage stört: die Wochenendeinsätze und Veranstaltungen sind nicht berücksichtigt. Dies sollte durch den Stadtrat nochmals überprüft werden, in der Schanz ist dies auch nicht so gelöst. Betreffend Lohnkosten werden sie in der Detailberatung nochmals darauf zurückkommen. Grundsätzlich sind sie aber für Eintreten.

Cornelia Dean, SP, berichtet, dass die Fraktion eine längere Diskussion über diesen Antrag geführt hat. Einige Punkte wurden durch Beat Hug bereits ausgeführt, wie z.B. wieso dieser Antrag erst jetzt im Dezember kommt, wenn diese Person bereits gesucht werden müsste. Dadurch ist der Rat auch etwas unter Druck, da die Stelle bewilligt werden muss, damit dieser Hauswart angestellt werden kann. Dabei gibt es noch einige Punkte, die für die Fraktion nicht ganz klar sind.
Wie kommt man auf diese 100%, vorher waren es 120% und jetzt 100% mehr, dies ist nicht ganz klar. Wieso stellt man einen zweiten Hauswart ein und arbeitet nicht mit einem Hauswart und mehr Reinigungspersonal, welches dann auch punktuell eingesetzt werden kann, z.B. an Wochenenden, welche im Pensum noch nicht berücksichtigt sind. Der reale Aufwand ist noch nicht geklärt und die Fr. 85'000 sind exklusiv Sozialleistungen, was nochmals ein Mehraufwand bedeutet. Die Personalsuche muss jetzt stattfinden und der Rat steht damit unter Druck, dem Antrag zuzustimmen. Zudem möchte die Fraktion den schleichenden Ausbau der Bauverwaltung bemängeln. Diese Finanzen fehlen wiederum in anderen Bereichen wie der Schulsozialarbeit, welche schon länger vor sich hin geschoben wird und durch die Fraktion als sehr dringend eingestuft wird.
Sie werden den Antrag gutheissen, finden es aber Schade, dass nicht mehr Zeit vorhanden ist, um diese Punkte abzuklären und sich über andere Möglichkeiten zu informieren.

Beat Hug möchte gerne noch ein paar gestellte Fragen klären. Der Stadtrat hat sich bezüglich des Pensums ebenfalls Gedanken gemacht. Zum 100% Pensum kann er folgendes sagen: es handelt sich um ein teures, technisch hoch stehendes Gebäude und es braucht einen Verantwortlichen für dieses Gebäude. Der Schulhauswart hat sonst schon zwei Gebäude. Die Halle wird nicht nur durch die Schule benutzt, sondern auch durch viele Vereine, für die er ebenfalls Ansprechperson ist. Es wurde richtig festgestellt, ein 80% Pensum würde reichen. Sie möchten in Zukunft eher mit einem Pensenpool arbeiten, damit auch die Ferienablösungen gegenseitig gemacht werden können und nicht zusätzlich teure Ferienaushilfen eingekauft werden müssen. Wenn sie einen guten Mann finden, der sagt, er möchte nur 80% arbeiten, dann wird dieser mit 80% eingestellt. Aber ein guter Mann im richtigen Alter wird auf ein Pensum von 100% angewiesen sein. Dies ist eigentlich das Hauptargument.

<u>Detailberatung</u>
<u>Seite 2</u>
René Schäffler, FDP, kommt auf das bereits vorher angesprochene Thema Besoldungsklasse zurück. Es ist bei ihnen fraglich, ob dies wirklich Besoldungsklasse 11/12 sein muss. Es ist möglich, Hauswarte in den Stufen 8 – 12 einzustufen, die bestehenden Hauswarte sind alle in der Stufe 12. Es ist aus ihrer Sicht jedoch nicht notwendig, dass alle Hauswarte in der obersten Klasse der Ämtereinreihung eingestuft werden. Es

gibt wie angesprochen, die Möglichkeit eines Pensenpools, dass einer der Hauswarte eine Führungsverantwortung übernimmt, nicht alle müssen die gleichen Aufgaben haben. Er möchte den Antrag stellen, dass man die Einstufung nicht in der Klasse 11 – 12 sondern 10 – 11 macht.

Beat Hug bittet, dem Antrag nicht zuzustimmen. Die Suche wird dadurch wirklich extrem eingeschränkt. Wenn ein guter Mann gefunden wird, der auf die Stelle passt und dieser zu einem tieferen Lohn eingestuft werden kann, wird das sicher gemacht. Man muss abwarten was der Markt hergibt, da möglichst rasch ein guter Mann benötigt wird. Dies ist im jetzigen Arbeitsmarkt nicht so einfach. Er bittet, dem Stadtrat diese Bandbreite offen zu lassen.

Rolf Oster, SP, hält es für wichtig, dass für eine solch grosse Anlage Abgrenzungen für die Verantwortlichkeit gemacht werden. Er kennt aus seiner eigenen Schulzeit die Situation, dass es auf einer Schulanlage mehrere Hauswarte hat. Die Situation muss mit dem bestehenden Hauswart besprochen und eine saubere Lösung gefunden werden.
Er macht dem Stadtrat etwas den Vorwurf, dass seit zwei Jahren an dieser Halle gebaut wird und jetzt innerhalb kürzester Zeit ein Mann aus dem Boden gestampft werden muss.

René Schäffeler macht darauf aufmerksam, dass anschliessend über den Voranschlag diskutiert wird und über die angespannte Finanzlage. Auch eine Vergütung in der Bandbreite 10 – 11 ist eine sehr gute Besoldung. Reinigungsarbeiten können auch auf den freien Markt ausgelagert werden, wo diese ganz anders bezahlt werden. Er ist sich bewusst, dass eine gewisse Qualifikation verlangt wird, aber überzeugt, dass diese auch in dieser Bandbreite gefunden werden kann.

Beat Hug weist darauf hin, dass es auch in den Besoldungsklassen noch Bandbreiten gibt. Eine tiefe Klasse 11, ist eine mittlere 10, da würde sich der Stadtrat sicher nicht wehren. Aber sie möchten die 12 einfach noch offen halten, damit die Möglichkeit besteht, einen Top Mann einstellen zu können.

Irene Gruhler, SP, hat als Lehrperson auch häufig mit Hauswartspersonen Kontakt und sie ist froh zu wissen, dass diese einen guten Lohn haben. Dann weiss man auch, dass man etwas dafür erwarten darf in Bezug auf Sozialkompetenz. Sie findet Fr. 85‘000 nicht einen ausgesprochen hohen Lohn im Vergleich zu den Lehrpersonen, die auch unter dem gleichen Dach arbeiten. Im Kanton Zürich verdienen die Hauswarte noch mehr und sie ist froh, zu wissen, dass sie mit jemandem zusammenarbeitet, der gut entlohnt wird. Sie weiss, dass dies gerade etwas dem Gedanken des Budgets und der Einsparungen widerspricht, aber sie kann die Ausführungen von Beat Hug sehr gut nachvollziehen.

Beschluss

Der Anpassung des Stellenplans der Bauverwaltung um 100 Prozent von bisher 7.48 auf neu 8.48 Stellen infolge Pensenanpassung für die Schulanlage Hoga von bisher 120 Prozent auf neu 220 Prozent wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmung Antrag René Schäffler, FDP:
Der Antrag René Schäffeler, die neue Stelle in der Besoldungsklasse 10-11 einzustufen wird mit 4 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss

Der Einwohnerrat stimmt der Einreihung der Stelle mit 6 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen in der Besoldungsklasse 11-12 zu.

Mitteilung an
Bau-/Werkreferat
Finanzreferat
Stadtschreiber
Bereichsleiter Finanzen
Ablage

FINANZEN, Stadtkasse, Voranschlag 02.25.005

4. Voranschlag 2014: Beratung und Genehmigung

Beat Hug, Finanzreferent, präsentiert gerne den Voranschlag 2014 des Stadtrates und möchte dazu einige Erläuterungen geben. Der Voranschlag ist sehr ausführlich und an und für sich beinahe selbstredend. Er wurde durch die GPK sehr genau geprüft und er möchte sich an dieser Stelle für die sehr gute Zusammenarbeit und die aufbauende Kritik bedanken. Eine gute Zusammenarbeit erachtet er als wichtig, damit die Stadt vorwärts gebracht werden kann.
Die Verwaltung hat sich sehr viel Mühe gegeben, um die vielen Zahlen zusammenzutragen. Der Stadtrat war erschrocken, als die Zahlen für die erste Lesung in den Stadtrat kamen. Gegenüber dem Voranschlag 2013 gab es eine riesige Differenz von beinahe Fr. 1,2 Mio. und von dieser grossen Zahl waren fast Fr. 800‘000 gebundene Mehrausgaben. Dies stellte den Stadtrat vor grosse Herausforderungen, es mussten grosse Sparanstrengungen vorgenommen werden. Es wurde genau abgeklärt, wo eingespart und wo zurückgestellt werden kann mit dem Ergebnis, dass heute eine rote Null präsentiert werden kann von knapp minus Fr. 90‘000, was im Streubereich der Budgetgenauigkeit liegt.
In der Investitionsrechnung sind wiederum grosse Investitionen vorgesehen. Vor allem die Sporthalle Hoga, belastet die laufende Rechnung. Weitere grosse Investitionen sind über Gebühren abgedeckt, z.B. alles was Wasser betrifft, welches abgeschrieben werden muss. Die Nettoinvestitionen im Budget 2014 betragen beträchtliche Fr. 4,2 Mio., dies ist eine stattliche Zahl für ein Städtchen mit 3300 Einwohnern. Nicht schön sieht der Selbstfinanzierungsgrad aus. Man kann nicht mehr selber finanzieren, sondern ist auf Fremdgeld angewiesen, d.h. man muss sich verschulden und hat dadurch wieder eine Zinsbelastung.
Wie erwähnt sind Fr. 800'000 Mehrausgaben gebundene Ausgaben und der Stadtrat ist daran, den Finanzplan zu überarbeiten. Dieser betrifft die Zeitspanne 2012 – 2016 und sie sind jetzt etwa in der Mitte der Periode. Eine Überarbeitung ist notwendig und sie möchten auch noch einige Ergebnisse aus der Leitbilddiskussion einfliessen lassen, deshalb müssen diese Anpassungen laufend gemacht werden.
Gerne gibt er dazu kurz den Fahrplan bekannt: Bis Ende März werden die Grundlagen zusammen mit der Verwaltung erarbeitet, danach wird der Stadtrat seine politischen Überlegungen einbringen, die Korrekturen werden im Mai gemacht und der Stadtrat wird eine zweite Lesung machen. Verabschiedung ist nach den Sommerferien vorgesehen. Der Einwohnerrat wird danach in der September-Sitzung informiert. Es handelt sich dabei um eine riesige Arbeit. Der Zentralverwalter hat bereits beim ersten Mal eine

hervorragende Arbeit geleistet und mit den laufenden Anpassungen kann der Finanzplan immer à jour gehalten werden.
Die rote Null von minus Fr. 90‘000 ist mit dem vorhanden Eigenkapital sicher vertretbar. Dies wird auch durch das Amt für Justiz und Gemeinden so genehmigt werden, da es dem Gemeindegesetz entspricht. Der Stadtrat arbeitet daran und bemüht sich, das Budget für die Zukunft wieder ins Lot zu bringen. Es wurden extreme Sparmassnahmen gemacht, aber die aufgeschobenen Punkte können nicht ewig herausgeschoben werden, sie haben einige Ideen. Es werden auch Anträge in den Einwohnerrat kommen, bei anderen Punkten wird der Stadtrat entscheiden müssen. Übergeordnet ist das Kehrichtwesen, bei dem auch der Verband ein Mitspracherecht hat. Auch dort ist man bemüht, das recht grosse Defizit durch ungedeckte Kosten, welche gemäss Umweltschutzgesetz verursachergerecht verrechnet werden müssten, zu lösen.

Werner Schmid, Präsident Geschäftsprüfungskommission, teilt mit, dass der Voranschlag durch die Mitglieder an zahlreichen Sitzungen geprüft worden ist. Die Prüfungsfeststellungen und Fragen wurden an einer gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtrat und verschiedenen Gesprächen mit dem Zentralverwalter diskutiert. Der Voranschlag entspricht den gesetzlichen Bestimmungen und die GPK empfiehlt diesen zur Annahme. Auf einige Punkte möchte er jedoch näher eingehen.
Auf den ersten Blick fällt der Voranschlag einigermassen zufriedenstellend aus. Wie von Beat Hug erwähnt, eine rote Null, aber erstmals seit langer Zeit ist überhaupt eine rote Null budgetiert. Der Kostendruck ist spürbar, es muss aber auch erwähnt werden, dass in zahlreichen Positionen die Kosten nicht direkt durch die Stadt verursacht werden, sondern durch die kantonale oder eidgenössische Politik. Die Kostenentwicklung gibt jedoch Anlass zur Sorge. Unter anderem speziell zu erwähnen der Satz des Stadtrates im Begleittext, der heisst: „zahlreiche Vorhaben, insbesondere im Bereich der Werterhaltung der Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens nicht oder nicht im ausreichenden Masse wahrgenommen werden können.“ Geschätzte Damen und Herren dies ist ein finanzieller Bumerang, dieser Bumerang wurde geworfen und wird uns früher oder später mit voller Wucht treffen. Die GPK erwartet vom Stadtrat aber auch vom Einwohnerrat einen bewussten Umgang mit den verfügbaren Mitteln. Mit einer Aufgabenüberprüfung soll Wünschbares von Notwendigem unterschieden werden. Wie bereits von Beat Hug erwähnt, wird dies durch den Stadtrat bereits gemacht. Das Kapitalkonto ist im Moment sehr positiv und kann sicher ein kleines Minus verkraften, aber dies darf nicht zur Gewohnheit werden.
Ein Dank geht an die Jakob und Emma Windler-Stiftung, die mit ca. 1 Mio. Fr. die Stadtrechnung im nächsten Jahr entlasten wird. Ohne diese Beiträge sähe der Voranschlag weitaus ungemütlicher aus.
Zu den Liegenschaften. Die GPK begrüsst, dass der Stadtrat mit einem externen Gutachten die Liegenschaften unter die Lupe nehmen will. Damit soll eine Basis geschaffen werden, um die Aufgabenüberprüfung effizient und transparent durchzuführen. Der Wärmeverbund wird auch 2014 mit einem sehr deutlichen Verlust abschliessen. Die GPK hat den Stadtrat gebeten aufzuzeigen, wie er in Zukunft den Wärmeverbund in die schwarzen Zahlen führen will.
Er möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, allen Beteiligten für die sehr gute Zusammenarbeit und konstruktiven Diskussionen zu danken. Insbesondere dem Zentralverwalter Martin Furger für sein grosses Engagement und seine transparente und saubere Rechnungsführung.

Eintreten

Christian Flück, Pro Stein, verweist auf den vorliegenden Budgetentwurf 2014 bei dem ein Ausgabenüberschuss budgetiert werden musste. Grund dafür sind die konstanten und steigenden Unterhaltskosten von Objekten, die schon länger im Besitz der Stadt sind. Dazu kommen zusätzliche Unterhaltskosten für neue Objekte wie z.B. die neue Dreifachturnhalle oder die soeben beschlossene Stellenplanänderung, die das vorliegende Budget natürlich noch zusätzlich belastet. Im November 2012 hat das Stimmvolk des Kantons einer Volksinitiative für bezahlbare Krankenkassenprämien zugestimmt, die Gemeinden müssen 65% dieser Kosten tragen, alleine diese Position weist ein Plus in den Ausgaben von 2013 zu 2014 von Fr. 210‘000 aus, dies ist ein sehr hoher Posten. Im Bereich Primarschule entstehen Kosten von rund Fr. 100‘000, da eine neue 6. Klasse geführt werden muss, dies ist eine Folge der Schülerzahlen-Entwicklung und beginnt im Schuljahr 2014/15.
Das Ziel aller ist es, langfristig ausgeglichene Budgets und Rechnungen zu präsentieren. Einwände, das Budget abzulehnen gibt es aus Sicht der GPK keine. Auch er dankt in Namen der Fraktion allen, die in den Ressorts sorgfältig mit den Mitteln umgegangen sind und auch schon für die zukünftige Ausgabendisziplin. Ein spezieller Dank geht an den Zentralverwalter Martin Furger.

Peter Spescha, SP, fragt in die Runde: „ was ist dringend, was ist notwendig?“. Diese Frage hat sich der Stadtrat bei der ersten Überarbeitung des Budgetentwurfs hoffentlich reichlich gestellt und gut überlegt. In der Tat liegt ein Budgetentwurf mit einer roten Null vor. Sie sind erfreut, dass diese nicht noch röter ist, trotz den grossen Verpflichtungen, die in unserem kleinen Städtchen vorhanden sind. Es macht aber auch Sorge, Sorge, ob die richtigen Posten gestrichen wurden, ob die richtigen Posten gekürzt wurden. Erfährt die Stadtkasse durch diese Streichungen in der Zukunft nicht noch eine grössere Belastung, des bereits erwähnten Bumerangs. Was haben diese Streichungen für Folgen für die Bevölkerung. Das vorliegende Budget rechnet mit einem Aufwandüberschuss von rund Fr. 100‘000, dies ist auf ein Budgetvolumen von rund 23 Mio. Fr. nicht sehr viel. Wenn dies jedoch jedes Jahr zur Gewohnheit wird, summiert sich auch das. Der finanzielle Druck auf die Stadtkasse ist gross. In der Vergangenheit wurden Investitionen in die Infrastruktur vernachlässigt, die Ressourcen wurden für andere Projekte in Anspruch genommen, für Projekte, die man eher in grösseren Städten findet als in einer Gemeinde mit 3300 Einwohnern, er denkt da z.B. an das Bürgerasyl und die Burg. Aus den oben genannten Gründen steht die Stadt auch bei diversen Strassenprojekten unter grossem Zeit- und Investitionsdruck. Wenn diese Projekte nicht innerhalb einer bestimmten Zeit realisiert werden, gehen entsprechende Subventionsbeiträge verloren. Verschiedene Massnahmen, die Mehreinnahmen generieren sollten, sind seit einiger Zeit angedacht, aber es mangelt an der Realisation und diese können sich somit nicht finanziell widerspiegeln. Die kostendeckende Baubewilligung, welche aufgrund der konstanten Überlastung der Verwaltung teilweise extern in Auftrag gegeben wird, ein Liegenschaftskonzept, das nicht mehr ganz dem aktuellen Stand entspricht.
Ein zusammengestrichenes Budget birgt auch Gefahren. Zum einen, dass man mit Nachtragskrediten das Budget unterläuft, zum anderen stellt sich die Frage, sind die gestrichenen oder gekürzten Posten einmalige Investitionen oder sind es strukturelle Probleme, welche später noch grössere Kosten verursachen. In den letzten Jahren hat der Steuerfuss eine sinkende Tendenz gezeigt, vielleicht ist es an der Zeit sich mit dem Gedanken zu befassen, dass es auch wieder einmal in die andere Richtung gehen könnte.
Die Stadt konnte in der letzten Zeit auch zahlreiche wichtige Projekte realisieren, welche sich positiv auf das Angebot und die Lebensqualität in Stein am Rhein ausgewirkt

haben. Diese Projekte wurden von der Bevölkerung gewünscht und sind demokratisch beschlossen worden. Der Finanzplan zeigt auf, dass mit diesen realisierten und geplanten Projekten die Belastungsgrenze unserer Gemeinde erreicht ist und wenn wir kein finanzielles Chaos wollen, müssen wir künftig bereit sein, auf wünschbare, aber nicht zwingend notwendige Vorhaben zu verzichten. Die Frage darf künftig nicht mehr lauten, welche Mittel werden benötigt, um allen Aufgaben nachzukommen, sondern vielmehr, wie können die vorhandenen Mittel eingesetzt werden, um alle Aufgaben optimal zu lösen.
Stein am Rhein investiert sehr viel Geld in Infrastruktur. Investitionen in anderen Bereich wie Schule, Sozialarbeit und Langsamverkehr gehen zurück oder es wird nur das absolute Minimum investiert. So passiert es dann, dass im Sommer hinter dem WC-Häuschen bei der Bushaltestelle Untertor unzählige Velos sind, die unordentlich abgestellt sind.
Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den grossen Einsatz, um ein fast ausgeglichenes Budget vorzulegen. Ebenfalls geht der Dank an den Zentralverwalter und die GPK für die tatkräftige Unterstützung des Stadtrates. Einen besonderen Dank sprechen sie der Jakob und Emma Windler-Stiftung aus, die wiederum einen Teil der finanziellen Last abnimmt. Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Detailberatung
Seite 14, 029 Übriger allgemeiner Aufwand, 318.05 Dienstleistungen und Honorare
Peter Spescha, SP, interessiert, was die Fr. 70‘000 beinhalten.
Beat Hug, Finanzreferent, antwortet, dass es sich dabei vor allem um Fremdleistungen für diverse Planungen handelt, die aufgrund der personellen Ressourcen in der Bauverwaltung nicht intern gemacht werden können. Was gemacht werden kann, ist noch offen, es müsste deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen für
- Entwicklungsstudie Stein am Rhein, bei der auch das Wachstum Stein-Süd unbedingt beurteilt werden sollte. Wie kann die Infrastruktur dies bewältigen. Alleine dafür hat man eine Kostenschätzung von Fr. 70‘000 wenn man alles machen würde.
- Dann müssten die Perimeter genau definiert werden.
- Der Zonenplan muss angepasst werden, aufgrund einer Aufgabe des Bundes bedeutet dies zwingende Kosten von Fr. 5‘000 – 10‘000.
- Die Planung der Sanierung der Flurstrassen ist offen, ein Investitionsplan muss gemacht werden, Kosten je nach Offerte zwischen Fr. 5‘000 – 15‘000.
- Grundlagen für denkmalpflegerische Beurteilung in Zusammenarbeit mit der kantonalen Denkmalpflege. Hier muss ein Konsens mit der Problematik im Städtchen gefunden werden. Man möchte nach innen verdichten, aber man steht baulich einfach an, da muss die Denkmalpflege gewisse Lockerungen machen. Es gibt schon Projekte, die anstehen, aber es nicht klar ist, was denkmalpflegerisch möglich ist. Die Bauherren/Investoren machen Druck und springen gerne wieder ab, wenn es nicht vorwärts geht.

Es stehen sehr viele planerische Aufgaben an und diese brauchen trotz allem auch interne Ressourcen, da diese Planungsarbeiten ja auch begleitet werden müssen.

René Schäffeler, FDP, begrüsst es, dass auch diese Positionen im Budget enthalten sind. Vor einem Jahr war dies nicht so und hat zu Abweichungen vom Budget geführt. Es ist gut, dass diese Themen, über die schon seit Jahren gesprochen wird, endlich angegangen werden. Es darf aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass diese das Budget nur einmalig belasten.

Rolf Oster, SP, hat noch eine Frage zum gleichen Punkt. Beim Kommentar ist von Reglementen und Verordnungen die Rede, versteht er dies falsch?
Beat Hug erklärt, dass die Idee wäre, dass man gewisse Arbeiten intern machen kann, der Stadtschreiber hat diesbezüglich eine hohe Kompetenz. Dann würden aber wieder andere Arbeiten liegen bleiben und der Stadtrat wird diesbezüglich entscheiden, was wird intern erledigt und wo stellt man evtl. jemanden ein, um den Stadtschreiber zu entlasten, der „0815-Arbeiten“ günstiger erledigen kann. Z.B. einen sogenannten Springer einstellt, um interne Stellen zu entlasten. Bei gewissen Dingen braucht es ein internes Know-how und da lohnt sich eine externe Anstellung nicht.
Betragsmässig könnte dies der Stadtrat entscheiden, aber man ist vom bisherigen Vorgehen abgewichen und hat diesen Betrag ins Budget genommen.

Seite 22, 160 Zivilschutz und Gemeindeführungsstab
Gian Luca Marchetto, SVP, ist aufgefallen, dass ein Voranschlag von Fr. 3‘830 geplant ist und er möchte den Stadtrat fragen, ob 2014 keine Sitzungen oder andere Tätigkeiten geplant sind.
Ernst Böhni, Sicherheitsreferent, informiert, dass der Gemeindeführungsstab letzten Sommer beschlossen hat, dass im 2014 keine grossen Aktivitäten stattfinden. Auch hier wurden die Kosten wie andernorts zurückgeschraubt. Mit dem budgetierten Geld kann dennoch etwas gemacht werden.
Gian Luca Marchetto weiss, dass 2014 eine landesweite Sicherheitsübung stattfindet. Demzufolge ist Stein am Rhein davon nicht betroffen.
Ernst Böhni erklärt, dass es Teilnehmer aus Stein am Rhein geben wird, dies aber nur als Zuhörer und nicht als Teilnehmer.
Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, möchte ergänzen, dass letztes Jahr ein grosse Katastrophen-Übung stattgefunden hat und man festgehalten hat, dass dies nicht jedes Jahr nötig ist. Aufgrund dieser Übung wurde festgestellt, was verbessert werden kann und dies kann in kleineren Übungen stattfinden.

Seite 32, 309 Dorfkultur, 319.04 Weihnachtsbeleuchtung
Peter Spescha, SP, möchte wissen, was die Fr. 39‘000 beinhaltet.
Ernst Böhni erklärt, dies seien reine Arbeiten, um die Beleuchtung auf- und abzuhängen. Die Beleuchtung war ein Geschenk und das sind die sogenannten Folgekosten, die jetzt getragen werden müssen. Man versucht, die Kosten zu senken, aber man kann die Beleuchtung ja auch nicht einfach in den Kisten lassen.
Beat Hug merkt an, dass man gegenüber dem Vorjahr die Kosten gesenkt hat und versucht ständig zu optimieren.

<u>Rückkommen</u>
Seite 28, 293 Freiwill. Unterricht Erwachsenenbildung, 365.00 Deutschkurs für ….
Irene Gruhler, SP, bedauert es sehr, dass der Deutschkurs für fremdsprachige Eltern komplett gestrichen wurde. Sie bezweifelt, ob da wirklich kein Bedarf vorhanden ist.
Heidi Schilling, Sozialreferentin, erklärt, dass die Erhebung gemacht wurde und sich die Eltern auch anmelden konnten, aber einfach keine Klasse zusammengebracht werden konnte. Für Eltern, die den Grundkurs bereits gemacht haben und den Folgekurs besuchen möchten, ist die Stadt sehr offen und unterstützt einen Kursbesuch in Schaffhausen. Die Stadt bleibt an diesem Thema dran.

Seite 34, 330 Öffentliche Anlagen und Wanderwege, 314.01 Unterhalt der Anlagen
René Schäffeler, FDP, stellt fest, dass jedes Jahr Fr. 125'000 für den Unterhalt der Anlagen ausgegeben wird. Im Zusammenhang mit der Überprüfung des Unterhalts gibt

es durchaus Positionen, die potential bieten z.B. im Bereich Unterhalt von Anlagen. Mit der Erstellung einer Unterhaltsanalyse hofft er, dass sich Einsparungen daraus in den folgenden Jahren im Budget niederschlagen werden.

Seite 34, 340 Strandbad und Badeanstalt Espi, 434.00 Eintrittsgelder
Irene Gruhler, SP, hat eine kleine Irritation betreffend dieses Kontos, da dieses unter 342 Kleinschifffahrt auch wieder vorkommt. Ist dies richtig so?
Werner Käser erklärt, dass diese Kontoart durchaus bei mehreren Kostenstellen vorkommen kann.

Seite 36, 442 Spitex Bezirk Stein, 301.10 Besoldungsverrechnungen
Gian Luca Marchetto, SVP, sind die Fr. 71‘500 aufgefallen, die im Voranschlag 2013 mit Fr. 48‘700 budgetiert worden sind. Dazu hätte er gerne eine Erklärung.
Martin Furger, Zentralverwalter, erklärt, dass zu dieser Anpassung zwei Faktoren führen. Das eine sind die neuen Vorschriften der Krankenkassen, dass die Leistungen nicht mehr direkt den Leistungsbezügern belastet werden dürfen, sondern zuerst den Krankenkassen mittels Formular zugestellt werden müssen, dies ergibt einen höheren Aufwand. Da wurde der Aufwand der Zentralverwaltung angepasst. Das andere sind die Leistungen, die die Spitex bei der Hauswirtschaft des Altersheims bezieht. Die Spitex ist aus dem ursprünglichen Hauspflegeverein entstanden und hat das Personal übernommen. Dies waren zum Teil Mitarbeitende mit sehr kleinen Pensen. Man hat sukzessive versucht, dies etwas zu grösseren Pensen zusammenzufassen und auch Synergien zu nutzen in Zusammenarbeit mit dem Altersheim. Es gibt nun Mitarbeitende, die zum Teil im Altersheim und zum Teil in der Spitex arbeiten, da sie Arbeiten im hauswirtschaftlichen Bereich leisten. Dies sind interne Verschiebungen von Dienstleistungen, d.h. dass die Lohnkosten im Altersheim anfallen und dann der Spitex intern verrechnet werden. Das waren im letzten Jahr Fr. 22‘000.- und da man jetzt von anderen Personen ausgeht sind es 2014 Fr. 40‘000.-. Die Gegenposition sieht man im Altersheim als minus.

Seite 48, 570 Alters- und Pflegeheim
René Schäffeler hat eine generelle Frage zum Altersheim. Es wurde ja eine Analyse erstellt, er hat gehört, dies habe auch Auswirkungen auf die Abrechnung. Gibt es irgendwelche Erkenntnisse, welche die Rechnungslegung beeinflussen?
Heidi Schilling antwortet, dass die Qualitätsanalyse abgeschlossen ist und eine öffentliche Veranstaltung stattgefunden hat, bei der diese präsentiert wurde. Die gesamte Rechnungslegung entspricht den Anforderungen, die an ein solches Heim gestellt werden. Mit einer Fachgruppe wird sicher noch überprüft werden, was es noch für gestalterische Möglichkeiten und Spielraum bei der Tarifstruktur gibt. Bei Bedarf wird dies der Stadtrat auch mitteilen und die entsprechenden Veränderungen veranlassen.

Seite 54, 620 Strassen, 314.00 Erstellung, Erneuerung, Unterh. Strassenverk.anlagen
Peter Spescha, SP, möchte wissen, ob unter Umständen darin ein Budgetbetrag für Veloständer enthalten ist oder gibt es diesen sonst irgendwo in diesem Budget.
Beat Hug, Finanzreferent, verneint dies. Die Offerten sind erst jetzt eingetroffen und der Betrag von Fr. 30‘000 liegt auch in der Kompetenz des Stadtrates. Er kann versichern, dass diese Veloständer 2014 angeschafft werden. Die Evaluation hat stattgefunden, aber der Budgetprozess lief bereits im Juni und es waren einfach noch keine Zahlen vorhanden.

Antrag Peter Spescha, SP
Unter Budgetpunkt 620, 314.00 ist der Betrag um Fr. 20‘000 auf Fr. 100‘000 zu erhöhen für die Beschaffung von Veloständern mit abschliessbaren Fächern.

Begründung: Stein am Rhein ist ein viel besuchtes Tages- und Etappenziel für Velofahrer. Jährlich machen hier ca. 160‘000 Velofahrer halt. Die Flut von Zweirädern belastet die Stadt, die hier Wohnenden, die Gewerbetreibenden und die Gäste selber. Seit Jahren wird über die Horden von Velofahrern geklagt, gemacht worden ist leider nichts. Seit knapp zwei Jahren hat Stein am Rhein eine Arbeitsgruppe Langsamverkehr, die dem Stadtrat beratend zur Seite steht. Bereits im Protokoll vom 31.5.2012 hat diese dem Stadtrat folgenden Vorschlag gemacht, Zitat: „Platzieren von Veloständern mit Schliessfächern an den zwei Haupteinfahrtsachsen Öhningertor und Untertor beim WC-Häuschen/Haltestelle“ und dann soll das Verhalten der Velotouristen beobachtet werden. Es wurden Offerten eingeholt und der Stadtrat hat diese Offerten erhalten. Im Dezember 2012 hat die Arbeitsgruppe dem Stadtrat einen mehrseitigen Bericht über die Situation, mögliche Massnahmen und die Kosten zukommen lassen. Anfangs 2013 wurde der Arbeitsgruppe mitgeteilt, dass der Posten Veloständer leider nicht ins Budget aufgenommen wurde und deshalb der Vorschlag der Arbeitsgruppe nicht berücksichtigt werden konnte. Im Frühling dieses Jahres erhielt die Arbeitsgruppe überraschend Kenntnis eines Berichtes, den die Bauverwaltung gemacht hat, eine Konzeptskizze über Veloständer in der Altstadt. In einer Sitzung der Arbeitsgruppe mit Stadtrat Oderbolz hat man sich darauf geeinigt, dass die Lieferanten von Veloständern für Muster anzufragen sind. Diese wurden auch geliefert und die Gewerbetreibenden haben noch einen Wettbewerb ausgeschrieben. Anlässlich dieser Sitzung und späteren Gespräche wurde der Sachverhalt des Vorgehens und die Verzögerung damit begründet, dass zuerst ein Gesamtkonzept für die ganze Gemeinde erarbeitet werden muss. Die Arbeitsgruppe begrüsst grundsätzlich ein solches Konzept, ist aber der Meinung, dass es eigentlich zwei Konzepte sein müssten und zwar eines für die Altstadt und eines für die restlichen Standorte der Veloständer. Dass in der Altstadt neben der Bedienerfreundlichkeit auch das optische einen Stellenwert hat und sich die Evaluation deshalb etwas verzögert, versteht auch die Arbeitsgruppe. Die anderen Veloständer müssen vor allem bedienerfreundlich und vandalensicher sein und die Entscheidungsprozesse könnten relativ schnell bewerkstelligt werden.
Mit dem Erstellen von zwei Veloparkanlagen mit Schliessfächern am Öhninger- und am Untertor im 2014 würde folgendes Ziel erreicht: Busbenützer am Untertor können ihre Velos sicher einstellen, Velotouristen können ihre Velos ebenfalls einstellen, ihr Gepäck deponieren und unbelastet die Altstadt besuchen und in der Altstadt werden weniger Velos abgestellt. Am Rheinfall wurden vor einiger Zeit Veloständer mit Schliessfächern montiert und diese sind dauernd besetzt, auch Velotouristen sind empfänglich für solche Sachen. Zudem ist der Stadtrat im Besitz eines Abschlussberichtes der Stadt Basel genau zu diesem Thema. In diesem mehrseitigen Dokument wurden verschiedene Veloständer beurteilt. Alles deutet darauf hin, dass etwas gemacht werden kann und es wäre an der Zeit, wenn etwas gemacht würde. Darüber geredet wird schon lange genug. Deshalb bittet er, diesem Antrag zuzustimmen.

Jean-Marc Rossi, ÖBS, möchte wissen, ob es Erfahrungswerte gibt, wie oft diese Ständer dann benutzt werden. Man kann die Fahrer ja nicht zwingen, die Räder dort abzustellen, bevor sie ins Städtchen gehen.

Peter Spescha ist klar, dass nicht jedes Velo dort abgestellt wird. Wenn aber ein Fahrer durchs Untertor sieht, wie viele Leute sich im Städtchen bewegen, lässt er sein Rad sicher gerne dort draussen.

Jean-Marc Rossi interessiert, wie gross und hässlich so ein Ständer ist und wo dieser beim Öhningertor platziert werden soll.

Peter Spescha erklärt, es gäbe verschiedene Modelle und er findet es persönlich hässlich, wenn die Leute im Sommer die Räder, die oft über keinen Ständer verfügen, hinter dem Häuschen einfach chaotisch deponieren. Die Platzierung ist nicht Thema dieses Antrages.

Rolf Oster, SP, ist ab und zu mit dem Fahrrad z.B. die Donau oder am Bodensee entlang unterwegs. Er findet es doch sehr wichtig, dass man ein teures Fahrrad unterwegs vernünftig einschliessen kann. Da Stein am Rhein von Touristen überflutet wird und auch davon profitiert, wäre es schon sinnvoll, wenn etwas gemacht würde, dass einen Nutzen bringt und die Leute animiert, noch länger zu bleiben, da sie keine Angst um ihr Velo haben müssen. Er möchte den Rat motivieren, diesem Antrag zuzustimmen.

Peter Spescha erinnert daran, dass man vorher über die Weihnachtsbeleuchtung und die Fr. 39‘000 gesprochen hat, für einen Monat etwas mehr Licht, für etwas, das nicht ganz unbestritten ist betreffend Schönheit und Wirkung. Und wenn ein Städtchen wie Stein am Rhein, das auch vom Tourismus lebt, Geld hat, um Fr. 40‘000 auszugeben für die Montage und Demontage der Weihnachtsbeleuchtung und kein Geld hat für Veloständer, findet er das etwas traurig, um nicht zu sagen beschämend.

Beat Hug bittet, den Antrag abzulehnen mit folgender Begründung: Das Baureferat hat ihm zugesichert, dass im nächsten Jahr etwas diesbezüglich gemacht werden wird und eine mündliche Zusage für finanzielle Unterstützung vorhanden ist. Er hofft, dass dies schlussendlich für die Stadt kostenneutral verläuft und eine gute Lösung gefunden wird. Es bringt nichts, jetzt Fr. 20'000 ins Budget aufzunehmen, damit sind die Veloständer auch nicht plötzlich da. Er hofft, dass das Vertrauen da ist. Die Ausschreibungen sind gemacht, man weiss, was man will und der Rest wird folgen. Wenn es nach dem Stadtrat ginge, müsste im Frühling alles bereit sein. Es ist so kein Zustand, es muss etwas gemacht werden.

Peter Spescha würde es interessieren, ob es sich bei diesem Konzept um Veloständer im Städtchen handelt.

Beat Hug kann dies bestätigen. Ob dies auch die äussere Zone betrifft, kann er nicht beantworten.

Peter Spescha erklärt, dass nach Meinung der Arbeitsgruppe das Pferd damit von hinten aufgezäumt wird mit Veloständern im Städtchen und aussen nicht. Die Velos sollten schon aussen in Empfang genommen werden.

René Schäffeler, FDP, findet, das Budget mit einem Betrag anzupassen, der in der Kompetenz des Stadtrates liegt, nicht sehr sinnvoll.

Cornelia Dean, SP, ist der Meinung, dass wenn dies im Frühling realisiert werden sollte, die erhaltenen Informationen etwas dürftig sind. Es wäre schön, wenn mehr Informationen verfügbar wären.

Beat Hug tut es leid, dass er nicht mehr Auskunft geben kann, aber er ist weder in der Arbeitsgruppe Langsamverkehr, noch ist er sonst involviert gewesen. Aber der Stadtrat hat noch überhaupt nichts entschieden. Die Vorlage muss von Seiten Baureferat in den Stadtrat kommen. Sie kennen die Problematik und sie werden versuchen, die Aufteilung wirklich geschickt zu machen.

<u>Abstimmung Antrag Peter Spescha</u>

Der Antrag Peter Spescha, unter Budgetpunkt 620, 314.00 den Betrag um Fr. 20‘000 auf Fr. 100‘000 zu erhöhen, für die Beschaffung von Veloständern mit abschliessbaren Fächern, wird mit 6 Ja- zu 7 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 70, 860 Wärmeverbund, 480.00 Entnahme aus Erneuerungsfonds
Rolf Oster, SP, vermutet, dass die Entnahme von Fr. 100‘000 für die neue Gasheizung verwendet wurde. Ihn würde interessieren, ob sich der Stadtrat Gedanken gemacht hat, wie er in den nächsten Jahren gegen das jährliche Defizit vorgehen will damit die Heizung kostendeckend betrieben werden kann.
Beat Hug, Finanzreferent, verweist auf eine Wirtschaftlichkeitsanalyse, die erstellt wurde mit der Annahme, dass der Wärmeverbrauch steigen wird. Je nach Winter ist dies schwankend, aber die Auslastung ist ziemlich gut und sie sind am Optimieren. Sie sehen die Problematik und sind sich bewusst, dass der Wärmeverbund kostendeckend arbeiten muss. Die Stadt wird aber nicht direkt belastet, da es sich um eine separate Rechnung handelt. Der Stadtrat hat sich auch Gedanken betreffend Tarifanpassungen gemacht, dies würde aber auch das Budget der Stadt belasten, da diese mit 50% immer noch der grösste Bezüger ist. Das bestehende Netz konnte verdichtet werden, d.h. zusätzliche Kunden gewonnen, aber der Bedarf ist bei vielen momentan noch nicht da, da sie eine neuere Heizungsanlage eingebaut haben und da muss man eine gewisse Geduld haben. Aber das Interesse am Wärmeverbund ist gross und es kommen laufend Anfragen, ob Anschlüsse gemacht werden können, wo die Zuleitungen bereits bestehen.
Rolf Oster möchte beliebt machen, dass trotz allem die Energiekosten mit dem Markt verglichen werden und diese so angepasst werden, dass die Rechnung funktionieren kann. Dies belastet schlussendlich die Rechnung.
Beat Hug widerspricht. Die Stadtrechnung wird nicht belastet, deshalb hat man dieses Erneuerungskonto. Das Geld wird durch den Wärmeverbund verzinst und sobald als möglich zurückbezahlt. Wie erwähnt sind sie daran, eine Tariferhöhung auszuarbeiten und versuchen auch immer wieder neue Kunden zu generieren.

Seite 86, 340 Strandbad und Badeanstalt, 503.00 Strandbadsanierung
René Schäffeler, FDP, erinnert daran, dass man eingangs vom Defizit 2014 gehört hat, es gilt allerdings auch zu berücksichtigen, was alles investiert wird in Stein am Rhein. Während der letzten 3 Jahre waren es insgesamt 13 Mio. Fr. Netto-Investitionen, welche die Stadt in Form von Zinsen und Abschreibungen teilweise belasten, ein Teil geht auch über Sonderrechnungen. Ein Schwerpunkt liegt bei der Sanierung der Strassen, Wasser, Kanalisation was sinnvoll ist, da entsprechende Subventionen generiert werden können. Weiter vorne im Voranschlag wird auch davon gesprochen, dass eine Phase der Regeneration folgen soll. Er möchte darauf hinweisen, dass dies nicht einfach nur Floskeln sein dürfen, sondern bei Investitionen geht es ganz klar darum, in den nächsten Jahre Prioritäten zu setzen und schon im nächsten Jahr wird es einiges zu bereden geben, das jetzt im Voranschlag enthalten ist. Ob sich die Stadt zum jetzigen Zeitpunkt dies leisten kann, z.B. Strandbadsanierung und die daraus resultierende Folgekosten beim Betrieb ist sicher nur ein Beispiel. Es gibt aber auch noch andere Positionen, welche alle unter Vorbehalt im Voranschlag sind und später noch in den Rat kommen werden. Man muss sich diesbezüglich einfach einmal gewisse Beschränkungen auferlegen.
Beat Hug und der Stadtrat sind sich dessen bewusst. Das Strandbad wurde vernachlässigt, da schon lange an dieser Planung gearbeitet wird und man keinen Franken mehr investiert hat. Etwas muss gemacht werden und schlussendlich muss das Stimmvolk darüber entscheiden. Es ist klar, bei einer besseren Infrastruktur müssen auch Mehreinnahmen generiert werden, sei das durch Verpachtung von gewissen Teilen. Der Stadtrat wird dies genau überprüfen. Bezüglich mehr Unterhalt macht er ein Fragezeichen, da die Wiese, die neu dazukommen würde, bis anhin auch gemäht werden muss-

te, einen grossen Mehrunterhalt wird es nicht geben. Mit einem Bademeister muss das Stellenpensum aber sicher erhöht werden. Wie das gelöst werden soll, wird anlässlich der Vorlage erläutert werden.

Seite 92, 700 Wasserversorgung, 501.25 Reservoir Erle Neubau
Gian Luca Marchetto, SVP, ist bei dieser Position etwas aufgefallen. Es sind Investitionen von rund 1,5 Mio. Fr. und der Stadtrat wird noch mit einem Antrag diesbezüglich in den Einwohnerrat kommen. Unter Traktandum 7, Strasse und Wasserleitung Klingenstrasse, ist ihm aufgefallen, dass Fr. 40‘000, welche dieses Projekt betreffen, noch nicht in diesem Voranschlag enthalten sind. Ist dies richtig?

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent, bestätigt, dass die Fr. 40‘000 in den 1,5 Mio. Fr. nicht enthalten sind. Dies ist die Leitung, die man bis oben legt, um das Reservoir anzuschliessen.

Gian Luca Marchetto verweist auf die Gesetzesordnung, die verlangt, dass eine Schmutzwasserleitung gelegt werden muss.

Ernst Böhni erklärt, dass dies die neuen Anforderungen sind. Das Reservoir benötigt eine spezielle Abwasserleitung, die bis zur Kanalisation geht. Dies sind Mehrkosten, die vor einem halben Jahr, als das Budget erstellt wurde, noch nicht bekannt waren.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, erläutert, dass, ein Teil der Strasse bewusst vor dem Bau der Sporthalle gemacht wurde. Das nächste Stück ist der Abzweiger bis zur Pfadihütte, dies ist separat. Danach kommt Erlen mit der Leitung bis zu diesem Punkt, dies ist die Vorlage, die Ende Februar 2014 in den Rat kommt.

Dies ist **Gian Luca Marchetto** alles klar, aber die Kosten für diese Arbeiten wurden im Voranschlag 2014 noch nicht berücksichtigt. In der Vorbereitung des Geschäfts für die Budgetphase wurde diese wichtige Leitung nicht einbezogen. Er wollte nur wissen, ob diese Fr. 40‘000 in den 1,5 Mio. Fr. enthalten sind, da im Text Seite 93 steht „inklusive Wasserleitungen“.

Seite 96, 942 Liegenschaften des Finanzvermögens, 500.05 Erschliessung Areal Eggli
Rolf Oster, SP, möchten wissen, welche Tätigkeiten im Zusammenhang mit den Fr. 125‘000 geplant sind. Wieso sind diese Investitionen da, hat sich der Stadtrat allenfalls Gedanken gemacht, was man mit dem Areal machen könnte oder will, wird überbaut?

Stephan Brügel, Stadtschreiber, verweist auf den genehmigten Kredit über Fr. 410‘000. Abgemacht war mit der Archäologie, dass im nächsten Jahr mit den ersten Grabungen begonnen wird und dies wäre der Kostenanteil der Stadt gewesen. Jetzt hat sich aber herausgestellt, dass die Asbestproblematik grösser ist als gedacht und man hat die Archäologie deshalb für den Moment sistiert. Dies hat man bei der Budgetberatung noch nicht gewusst. Die Ergebnisse der Asbestuntersuchungen des Bodens sind heute bei ihm eingetroffen. Vermutlich wird man gar nichts machen können, sondern mit einer neuen Vorlage nochmals in den Einwohnerrat kommen und allenfalls eine Volksabstimmung machen zum Rückbau der Anlagen unter erschwerten Bedingungen wegen Asbest. Da laufen wirklich noch die Abklärungen.

Beat Hug bestätigt, dass es sich bei den Fr. 125‘000 um reine Kosten betreffend Archäologie handelt und diese nichts mit dem Rückbau zu tun haben.

Werner Käser, Einwohnerratspräsident, hat dazu eine Anschlussfrage. Das Areal gehört ja eigentlich der Jakob und Emma Windler-Stiftung, wird sich diese auch an der Asbestbeseitigung beteiligen?

Stephan Brügel erklärt, dass diesbezüglich wirklich erst Abklärungen laufen. Mit grösster Wahrscheinlichkeit wird im nächsten Jahr eine Vorlage kommen, die die Asbestsanierung beinhaltet und bei der die Gesamtkosten nochmals ausgewiesen wer-

den. In diesem Zusammenhang muss auch die Finanzierung neu geklärt werden. Die Kosten für die Asbestsanierung liegen noch nicht vor.

Beschluss

1. **Der Voranschlag 2014, Laufende Rechnung und Investitionsrechnung, wird einstimmig genehmigt.**
2. **Dem Gemeindesteuerfuss für 2014 von 95 Prozent wird einstimmig zugestimmt.**

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an
Amt für Justiz und Gemeinden, Mühlentalstrasse 105, 8200 Schaffhausen
Finanzreferat
Bereichsleiter Finanzen
Ablage

*****

Unterbruch der Sitzung für eine kurze Pause.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

5. Wahl des Einwohnerratsbüros für 2014

Werner Käser, Einwohnerratspräsident, erklärt, dass die Geschäftsordnung vorsieht, dass jeweils der Aktuar das Amt des Vize-Präsidenten übernimmt und der Vize-Präsident in das Präsidium nachrutscht. Leider muss er mitteilen, dass der jetzige Vize-Präsident, Ruedi Vetterli, aus gesundheitlichen Gründen nicht für das Präsidenten-Amt zur Verfügung steht. Damit hat sich für die Fraktionen eine neue Situation ergeben und er ist froh, dass die Fraktionen dieses Problem lösen konnten und Kandidaten benennt werden können.

Wahl des Präsidenten
Irene Gruhler, SP, teilt mit, dass die Fraktion in der glücklichen Lage ist, Arthur Cantieni als Präsidenten für das nächste Jahr vorzuschlagen.

Geheime Wahl:
Arthur Cantieni wird mit 13 Stimmen gewählt.

Arthur Cantieni bedankt sich für das ausgezeichnete Wahlresultat. Er ist ziemlich unverhofft und im letzten Moment zu dieser Ehre gekommen. Er lädt zum anschliessenden Umtrunk in die Ilge ein.

Wahl des Vize-Präsidenten
Claudio della Giacoma, FDP, schlägt im Namen der bürgerlichen Fraktion Gian Luca Marchetto vor.

Geheime Wahl:
Gian Luca Marchetto wird mit 13 Stimmen gewählt.

Wahl des Aktuars
Irene Gruhler, SP, freut sich, dass sich Peter Spescha, SP, für dieses Amt zur Verfügung stellt.

Geheime Wahl:
Peter Spescha wird mit 13 Stimmen gewählt.

Wahl der Stimmenzähler
Die bisherigen Stimmenzähler Jörg Derrer, SP, und Christian Flück, Pro Stein, stellen sich zur Wiederwahl.

Offene Wahl:
Jörg Derrer, SP, und Christian Flück, Pro Stein werden einstimmig wiedergewählt.

Mitteilung an
Arthur Cantieni, Wagenhauserstrasse 26, 8260 Stein am Rhein
Gian Luca Marchetto, Köhlerweid 8, 8260 Stein am Rhein
Peter Spescha, Im Riet 19, 8260 Stein am Rhein
Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
Christian Flück, Orichhöhe 7a, 8260 Stein am Rhein
Stadtschreiber
Stadtkanzlei
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

6. Volksmotion Born „Kindergarten im Städtli“: Antrag auf Abschreibung

Beat Hug, Finanzreferent, darf als Stellvertreter des Baureferenten auch dazu einige Worte sagen. Er wird sich nur zum baulichen Teil äussern, zum schulischen wird sich noch die Schulreferentin, Claudia Eimer zu Wort melden. Schon als die Volksmotion Urs Born durch den Einwohnerrat überwiesen wurde, hatte der Stadtrat gesagt, dass eine Sanierung vorangetrieben wird. Das Dach wurde in den Herbstferien so weit wie nötig saniert. Auch die Statik wurde überprüft und verbessert. Die Abrechnung fiel mit Fr. 19‘403 für die Stadt gut aus und fiel in die Kompetenz des Stadtrates. Der Stadtrat bittet, diese Motion abzuschreiben.

Claudia Eimer, Schulreferentin, möchte sich kurz halten und vor allem nochmals auf die Schulplanung eingehen. Die Schulentwicklung wird als Prozess genau analysiert und zwar mit Schulleitung, Behörden und dem Stadtrat zusammen. Der Stadtrat hat sich entschlossen, 2014 mit externer Beratung und Unterstützung die Grundlagen für eine längere Planung und langfristige Sicherstellung der schulischen Infrastruktur zu schaffen. Die Schülerzahlen sind nicht immer einfach vorauszusehen, sie sind zwar vorhanden, wechseln aber mit Zu- und Wegzügen immer wieder. Im Moment werden Angaben für die Offerteinholung für diese externe Begleitung erstellt und die notwendigen Daten zusammengetragen. Der Stadtrat und die Schulbehörde werden zu gegebener Zeit wieder über die Ergebnisse dieser Abklärungen informieren. So ist man im Zusammenhang mit dem Leitbild gerüstet mit einer Gesamtübersicht betreffend Schulentwicklung und Schullandschaft. Sie dankt, wenn die Motion als erledigt abgeschrieben werden kann.

Eintreten
Christof Frei, Pro Stein, dankt für die rasche Reaktion, um die missliche Lage des Kindergartens Fridau zu bewerkstelligen. So konnte der geordnete Betrieb für die nächste Zeit wieder sichergestellt werden und dies zu Kosten, die natürlich auch erfreulich sind.

Er wundert sich zum einen, dass in der Beantwortung der Motion so viel Schulisches enthalten ist, das eigentlich gar nicht Punkt dieser Motion ist. Zum anderen auch, dass unter Schulischem vieles aufgezählt wird, das gar nicht mehr dem heutigen Stand entspricht. Er findet es schade, dass Angaben gemacht werden, wie z.B., dass

- Schweiz weit die Schülerzahlen sinken, was beim Ursprung dieser Motion so war, aber nicht mehr dem aktuellen Stand entspricht.
- Dann ist der Besuch des 1. Kindergartens ab dem nächsten Schuljahr obligatorisch, auch das entspricht nicht mehr der Wahrheit.
- Auch der Besuch von Ganztageskinderstätten in der Umgebung ist in Frage gestellt, da relativ wenige Plätze frei sind.

Er hat etwas Mühe damit, dass solche Angaben in einem Dokument enthalten sind, die vielleicht eine falsche Beurteilung der ganzen Situation sind. Das sich diese Situationen immer wieder ändern, ist ihm klar, aber er wäre froh, wenn solche Dokumente angepasst würden und nicht einfach „copy/paste“ von einer Ausführung vor einem halben Jahr oder noch länger gemacht wird.
Dann hätte er noch eine Frage bezüglich Zukunft des Schulbetriebes in der Fridau, da „bis auf weiteres geplant“ steht. Man ist ursprünglich davon ausgegangen, dass es 1 – 2 Jahre sind. Er hätte gerne eine Information darüber, ob mit der neuen Raumplanung abgeklärt wird, ob dieser noch weiter geführt wird. Zudem vielleicht auch noch eine Information darüber, ob eine Zusammenarbeit mit Hemishofen auch in die Studien aufgenommen wird. Wie weit man in diesem Bereich ist mit den Ausführungen und Planungen oder ob das ganze ad acta gelegt wird und später wieder in die Planung aufgenommen wird. Des Weiteren möchte er auch noch wissen, ob bei dieser Studie auch der neue Bericht und Antrag der vom Kanton an den Regierungsrat überwiesen wird, miteinbezogen wird. Dies hat auch einen Einfluss auf die Klassengrösse, sprich auf die Raumbedürfnisse. Wenn ja, wann diese Studie fertig sein soll, da auf das nächste Schuljahr, wenn der Kantonsrat den Antrag annimmt, dies umgesetzt werden sollte. Was das Bauliche betrifft, sind sie angenehm überrascht und zufrieden und sind deshalb auch für Abschreiben der Motion.

Cornelia Dean, SP, dankt dem Stadtrat ebenfalls für die Umsetzung der Motion und dass die baulichen Massnahmen so schnell erledigt wurden, sodass der Betrieb der Fridau weiterhin gewährleistet ist. Die erwähnte Schulraumplanung ist ihnen sehr wichtig. Sie haben beliebt gemacht, dass ein Konzept erarbeitet wird, dass eine Grundlage für die Zukunft bietet, das aufzeigt was vorhanden ist und für die Zukunft Möglichkeiten aufzeigt, damit Schulraum für alle Kinder vorhanden ist. Sie danken dem Stadtrat für die Erfüllung der Motion und sehen diese als erledigt an.

<u>Detailberatung</u>
Keine Wortmeldungen.

Claudia Eimer nimmt die erwähnten Gedanken gerne auf. Die einen Punkte haben sie bereits selber angedacht und auch mitgeteilt, dass sie dies mit dem Schulraumprojekt gesamtheitlich angehen wollen. Vom Zeitraum her ist klar, dass es nicht noch 10 Jahre gehen darf, dass ESH3, der Antrag vom Erziehungsdepartement und der Regierung, mit einfliessen müssen. Da sind sie ja nicht alleine sondern haben sich die externe Unterstützung geholt, damit ein wirklich gesamtheitliches Bild erstellt werden kann mit dem gesamten Schulraum und der gesamten Planung. Da ist die Hoga dabei, die Schanz, da geht es nicht nur um den Kindergarten, sondern da geht es um alle Schulräume und da wird sicher auch wieder Hemishofen mit eingedacht. Es ist ganz klar, dass die Anforderungen, die vom Kanton kommen, als Gemeinde so nicht erfüllt werden können und eine mittel- oder längerfristige Zusammenarbeit mit Hemishofen und im oberen Kantonsteil, wie dies andere Gemeinden im Kanton auch machen, nicht ausgeschlos-

sen werden kann. Der Druck kommt von der Regierung mit den Schülerpauschalen, was eine Zusammenarbeit der Gemeinden vom finanziellen wie auch vom räumlichen her nötig macht. Mit den zu erarbeitenden Grundlagen sollte man im Sommer 2014 so weit sein, um dies nochmals angehen zu können. Wie erwähnt werden entsprechende Offerten eingeholt, damit im nächsten Jahr diesbezüglich Gas gegeben werden kann. Dies ist im Übrigen auch in den Fr. 70‘000 enthalten, mit Planungen und Projektierungen.

Christoph Frei hat noch eine Frage bezüglich Zusammenarbeit mit Hemishofen. Am Workshop wurde gesagt, die Zusammenarbeit mit Hemishofen würde überprüft und die geplante Realisierung war für Schuljahr 2014/15 geplant. Wurde dies nun auf die Seite gelegt oder findet auf Schuljahr 14/15 die Zusammenarbeit statt.

Claudia Eimer erklärt, dass bereits nach dem Workshop klar war, dass 2014/15 ein viel zu sportliches Ziel ist, um die ganzen Abklärungen zu treffen, um den ganzen politischen Prozess mit der Bevölkerung mitzumachen. Es gibt ja verschiedene Ebenen in der Schule, den politischen Teil, den schulischen Teil und dies muss wirklich alles mitberücksichtigt werden. Da kann man manchmal nicht so schnell vorwärts gehen, wie man sich das vorgestellt hat.

René Schäffeler, FDP, vermisst eine klare Aussage zur Fridau, bedeutet bis auf weiteres „langfristig“? Er möchte bitten, dass solche heiklen Aussagen präziser formuliert werden, da dies wieder zu „bösem Blut“ führen kann.

Claudia Eimer kann nur noch einmal auf die Schulraumplanung hinweisen. Aufgrund des Antrags der Schulbehörden vor 2 Jahren wäre die Fridau bereits geschlossen, darum kam der Stadtrat auch in die Situation, die Fridau weiter zu betreiben mit Notdach etc. Es heisst „der Schulbetrieb in naher Zukunft“, das hat mit der gesamten Schulraumplanung zu tun, aber mindestens bis 2015.

Jean-Marc Rossi, ÖBS, ist etwas irritiert, dass ein Mitglied der Schulbehörde auch nicht richtig informiert ist. Im Frühling fand der Workshop in Hemishofen statt und jetzt wird man vertröstet auf 2015. Hemishofen könnte ja nur 5 oder 6 Schüler aufnehmen. Wäre es nicht möglich, dass interessierte Freiwillige sich melden können und dies relativ unkompliziert auf Gemeindebasis geregelt werden könnte. Muss wirklich auf die Studie und diese Abklärungen gewartet werden.

Claudia Eimer versteht diese Frage, da sie sich die Gleiche auch schon gestellt haben oder Leute sagen, man soll dies doch einfach auf freiwilliger Basis machen. Es ist aber nicht so einfach, diesen Teil umzusetzen. Ein Ergebnis des Workshops war ja genau, keine Schnellschüsse, d.h. man muss den Leuten einfach Zeit geben, die ganzen Schritte mitzugehen und wenn man sieht, dass die Bevölkerung Widerstand gibt, muss man diesen auch ernst nehmen.

Die Schulbehörde ist eine Behörde die Schweigepflicht hat, deshalb kann sie gar nicht mehr Auskunft geben. Sie hat sicher immer so weit wie möglich informiert, Informationen auch schriftlich abgegeben. So lange die Schulraumplanung nicht gemacht ist, kann sie auf die Fragen nicht genauer Auskunft geben.

Claudio della Giacoma, FDP, möchte noch kurz auf die Aussage zurückkommen, ein Schulbehörden-Mitglied verfüge nicht über alle Informationen. Das Mitglied der Schulbehörde ist sich seiner Funktion voll bewusst und trennt zwischen Einwohnerrat und Mitglied Schulbehörde. Es darf nicht mit seinem kompletten Wissen in den Rat kommen, es kann lediglich mit gewissen Fragen gewisse Steine ins Rollen bringen. Er schätzt dieses Vorgehen sehr.

Jean-Marc Rossi geht davon aus, dass das Wissen nicht vorhanden ist, sonst wären diese Fragen ja gar nicht erst aufgetaucht.

Christoph Frei möchte dem widersprechen. Er hat dieses Wissen, möchte aber auch, dass der Einwohnerrat darüber informiert ist und deshalb stellt er diese Fragen so. Er könnte diese Information auch direkt geben, aber dies darf er nicht. Er darf nur Fragen stellen, damit der Einwohnerrat Gelegenheit hat, auf den gleichen Wissensstand wie die Schulbehörde zu kommen und auch die Öffentlichkeit informiert ist.

Jean-Marc Rossi erinnert daran, dass bei der Volksmotion lange darüber diskutiert wurde, ob es mindestens Fr. 30‘000 oder 20‘000 sein sollten. Er hat heute Morgen einen Augenschein in der Fridau genommen. Er hat mit der Kindergärtnerin diskutiert, die nicht gefragt wurde, wo sie noch einen dringenden Bedarf sieht. Wie z.B. bei den Sanitäranlagen, mit denen man leben kann, aber durchaus noch verbessert werden könnten, da die WCs sehr veraltet und klein sind. Weil ja eigentlich Fr. 30‘000 gesprochen wurden, könnte dies auch ausgenutzt werden und z.B. die Kindergärtnerin gefragt werden, ob es etwas gibt, das so dringend ist, das es gemacht werden könnte, da die Benutzung ja noch mindestens bis 2015 geht.

Beat Hug erklärt, es wurde gemacht, was dringend nötig war. Sie sind an einer Mittelfristplanung und der Stadtrat gibt jetzt sicher nicht Geld ins Blaue hinaus aus bevor nicht klar ist, was dort weiter läuft. Der Stein wurde ins Rollen gebracht, 2014 wird die Arbeitsgruppe mit externer Unterstützung arbeiten und die Schulraumplanung sollte relativ schnell abgeschlossen werden, damit der Stadtrat entscheiden kann. Sie sind sich bewusst, dass die Fridau nicht weitere 10 Jahre so belassen werden kann, dies ist wirklich nur ein gutes Provisorium.

Christoph Frei informiert, dass die betriebliche Sicherheit garantiert ist und dies ist auch von der Schulbehörde her erste Priorität, weil man noch nicht weiss, was mit diesem Gebäude passiert. Wenn der Stadtrat aufgrund der Schulraumplanung entscheidet, dass an der Fridau festgehalten wird, müssen weitere Sanierungen gemacht werden und dann kommen solche Themen wie sanitäre Anlagen und bauliche Erneuerungen. Er erachtet es aber nicht als sinnvoll, diese Dinge jetzt zu erneuern, wenn dann in 2 Jahren die Fridau schliesst. Wichtig ist für alle Beteiligten, dass baulich die Sicherheit dieses Gebäudes gewährleistet ist. Dies ist mit dieser Renovation erfüllt und damit kann man zufrieden sein.

Beschluss

Die Forderung der Volksmotion Born „Kindergarten im Städtli“, der Kindergarten Fridau sei bis Ende 2013 für mindestens Fr. 30‘000 zu sanieren oder in andere Räumlichkeiten zu verlegen wird im Sinne der vorstehenden Ausführungen als erfüllt betrachtet und die Volksmotion mit 12 Ja- zu 1 Nein-Stimme als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an
Schulreferentin
Bereichsleiter Bau
Stadtkanzlei
Ablage

BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung 00.50.020

7. Strasse und Wasserleitungen Klingenstrasse Dreifachturnhalle bis Breiti, Sanierung: Kreditantrag über Fr. 353‘000

Beat Hug, Finanzreferent, möchte sich kurz halten und nur einige Informationen für die anwesenden Zuschauer weitergeben. Die zuständige Kommission Bau und Werke wurde genau informiert und er geht davon aus, dass die restlichen Mitglieder der Fraktionen ebenfalls informiert wurden. Die Vorlage besteht aus drei Teilen: einem Strassenbauteil, einem Wasserteil und einem Abwasserteil. Der Strassenteil ist nur noch das Stück vom Tennisplatz bis zur Schulanlage. Diesen Teil hat man bewusst zurückgestellt, um zu verhindern, dass Schäden durch die baulichen Aktivitäten der Sporthalle erfolgen. Der Wasserteil geht dann weiter und wird hinaufgeführt bis zur Kurve Richtung Reservoir. Was noch dazu gekommen ist, ist die Abwasserleitung für das Reservoir. Auf den Plänen ist dies alles relativ gut dargestellt: ein Stück Strasse, an dem alles gemacht wird, dann der Erlenweg hinauf Richtung Klingenstrasse, dort ist nur noch Leitungsbau. Im unteren Teil bis zur Klingenstrasse ist es dann nur noch Abwasser, aufwärts ist es dann Wasser und Abwasser.
Bei zusätzlichen Fragen gibt er gerne Auskunft.

Eintreten
Gian Luca Marchetto, SVP, stellt fest, dass auch 2014 Stein am Rhein nicht von einer regen Bautätigkeit verschont bleiben wird. Es liegt ein Kreditantrag über Fr. 353'000 vor und er wird in der Detailberatung noch einige Fragen an den Stadtrat stellen. Betreffend der Fr. 40‘000 erfolgte ja bereits sein Votum in der Budgetberatung und wurde dort diskutiert. Der erste Teil wurde bereits saniert und natürlich aus Sicherheitsgründen betreffend das Löschwasser ist es zwingend, dass auch die zweite Etappe saniert wird. Die bürgerliche Fraktion ist grundsätzlich für Eintreten.

Jörg Derrer, SP, weist wie sein Vorredner darauf hin, dass es sich um eine wichtige Versorgungsleitung für das Städtchen handelt. Mit der Vergrösserung der Leitung, welche das Stufenpumpwerk Jägerstuck und die Reservoire Süd und Erlen verbindet, sind diese besser verbunden und ein besserer Wasseraustausch kann stattfinden. Die SP-Fraktion ist für Eintreten. Ein Dank geht an die Landeigentümer, die dem Durchgangsrecht für die neuen Leitungen zugestimmt haben.

Er bittet als kleine Anmerkung darauf zu achten, dass im Zusammenhang mit der Einweihung der neuen Sporthalle der Bauablauf koordiniert wird.

Detailberatung
Seite 3
Gian Luca Marchetto bezieht sich auf die Äusserungen von Beat Hug, dass diese Abwasserleitung gebaut werden müssen, da es gesetzliche Vorschriften gibt. Die Fr. 40‘000 stören ihn einfach. Aus seiner Sicht hat hier jemand etwas vergessen. Man baut nicht einfach ein neues Reservoir und stellt fest, aber hallo, wir müssen noch irgendwie das Wasser ablaufen lassen und wir haben keine Abwasserleitung. Wurde dies vergessen?

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent, erklärt, dass wenn man das Reservoir Hemishofen angeschaut hat, dort ein grosses Rohr in den Wald geht. Er hat sich auch gefragt, ob so viel Geld investiert werden muss. Er hat bei der Bauverwaltung nachgefragt und dort hat man dies bestätigt. Es geht um das Wasser wenn eine Desinfektion stattfindet und dieses darf aus Umweltschutzgründen nicht mehr in den Bach geleitet werden. Da kein Wald um das Reservoir existiert, muss die Leitung bis zur Fa. Knecht gelegt werden

und dies kostet massiv. Aber dank den lieben Bauern, wie von Jörg Derrer erwähnt, betragen die Kosten nur 1/10 der Kosten, die sonst entstanden wären mit dem ganzen Strassenbau. Wie auf den Plänen ersichtlich, führen auch die anderen Leitungen durch bäuerliches Land.

Seite 4
Gian Luca Marchetto möchte beliebt machen, dass man dies im Voranschlag bei den Investitionen unter dieser Position aufführt.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, erklärt, dass es sich um eine separate Vorlage handelt. Das Reservoir ist mit Fr. 500‘000 enthalten und dazu kommt noch eine Vorlage und das wird dann dort angepasst. Dies kommt nicht in den Voranschlag.

Beat Hug weist darauf hin, dass verschiedenste Zahlen im Voranschlag nicht mehr stimmen würden, wenn man so etwas integriert mit Abschreibungen und Verzinsungen. Das wäre eine Zumutung, auch für den Einwohnerrat, denn jetzt wurde ein Budget beschlossen und danach stimmen jene Zahlen nicht mehr. Dafür sind diese Vorlagen da, dass man diese so beschliesst und sie danach in die laufende Rechnung einfliessen.

Pläne
Keine Wortmeldungen.

Beschluss

1. **Der Baukredit über Fr. 353‘000 für die Sanierung der Strasse und der Wasserleitungen in der Klingenstrasse wird einstimmig genehmigt.**
2. **Die Abschreibungsdauer auf 25 Jahre gemäss Art. 84, Abs. 2 Gemeindegesetz festzulegen wird einstimmig genehmigt.**

Mitteilung an
Bau-/Werkreferat
Bereichsleiter Finanzen
Stadtkanzlei
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

8. Allgemeine Umfrage

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, informiert
Ärztezentrum Chlini Schanz
Zusammen mit der Ärztekasse, den Ärzten und weiteren am Bau und Betrieb einer Gemeinschaftspraxis Interessierten sind die Arbeiten zur Anpassung der bestehenden Praxis voll im Gang. Der gestalterische Durchbruch ist geschafft und die notwendige räumliche Vergrösserung kann am Standort Chlini Schanz erfolgen. Die Betroffenen und Beteiligten werden in der kommenden Woche orientiert. Anfang des kommenden Jahres werden Zusammenarbeitsformen festgelegt und die Gründung der Trägerschaften vorbereitet und durchgeführt. Parallel dazu soll die Planung erfolgen und das Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden, so dass die Bauarbeiten rasch möglichst aufgenommen werden können.

Geschäftsordnung und Organisationsreglement des Stadtrates
Der Stadtrat hat seine Geschäftsordnung total revidiert und fügt dem Rechtsbuch ein Organisationsreglement zu. Die wesentlichen Grundsätze der Behördentätigkeit sind im Gemeindegesetz genannt, von denen kann nicht abgewichen werden. Der Stadtrat ergänzt mit der vorliegenden Geschäftsordnung und dem Organisationsreglement diese Bestimmungen. Die neuen Rechtsschriften beinhalten jedoch nur noch die abweichenden Bestimmungen, so dass keine Doppelspurigkeiten auftreten. Wie alle anderen Gesetze und Reglemente ist auch dieses auf der Homepage lesbar.

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent, möchte es nicht unterlassen, sich für das Vertrauen in den Forst zu bedanken. Sie können demnächst einen Traktor kaufen und damit das alte, 20jährige Modell ersetzen, das angeschafft wurde, als er noch Einwohnerrat war. Der neue Traktor wird sicher wiederum 20 Jahre gute Arbeit leisten und er ist stolz auf die Einkäufe, die getätigt werden können.

Allgemeine Umfrage Einwohnerrat
René Schäffeler, FDP, hat bei der Information zur Leitbildentwicklung nicht mitbekommen, ob bereits bekannt ist, wer in der Projektsteuerungsgruppe vom Einwohnerrat her Einsitz nehmen wird.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, erklärt, dass mit dem Einwohnerratsbüro abgesprochen wurde, dass dieses in den Fraktionen orientiert und danach die Rückmeldung erfolgt. Die Stadtratsmitglieder werden nächstens bestimmt.

Irene Gruhler, SP, informiert, dass die Vertretung der SP-Fraktion Rolf Oster sein wird und dies auch so mitgeteilt wurde.

Werner Käser, Einwohnerratspräsident, erklärt, dass dies bei der bürgerlichen Fraktion noch nicht besprochen ist, da in der letzten Sitzung über die möglichen Kandidaten für das Ratsbüro so lange diskutiert wurde, dass dieses Thema nicht noch angesprochen werden konnte.

*****

Irene Gruhler, SP, möchte zum Abschluss im Namen der Fraktion Werner Käser für die gute Führung des Einwohnerrates danken. Es war nicht immer einfach.

René Schäffeler, FDP, schliesst sich dem an. Werner Käser hat das souverän, ruhig und bestimmt gemacht, dies war hoch professionell und ein grosses Vorbild für die nächsten Jahre.

Werner Käser bedankt sich für die anerkennenden Worte.
Er dankt bei dieser Gelegenheit allen, die ihn bei dieser Arbeit unterstützt haben. Er hat die Arbeit als Präsident gerne gemacht, freut sich jetzt aber auch wieder darauf, ein normales Ratsmitglied zu sein und sich wieder in die Diskussion einbringen zu können.

Schluss der Sitzung 22.10 Uhr

Stein am Rhein, 26. Dezember 2013

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer